



Die Rechtsinstanz beschuldigt den russischen Präsidenten der "illegalen Deportation" ukrainischer Kinder.

Der Internationale Strafgerichtshof (IStGH) veröffentlichte am Freitag, dem 17. März, dass man einen Haftbefehl gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin wegen des Kriegsverbrechens der "illegalen Deportation" ukrainischer Kinder seit Beginn der russischen Invasion ausgestellt habe. Der IStGH mit Sitz in Den Haag erließ außerdem einen Haftbefehl gegen Maria Lvova-Belova, die russische Präsidentenbeauftragte für Kinderrechte, wegen ähnlicher Anschuldigungen.

Russland ist kein Mitglied des IStGH und Experten zufolge ist es unwahrscheinlich, dass es Verdächtige überstellt. Das Gericht gab nicht an, wie es die Vollstreckung der Haftbefehle plant. "Heute, am 17. März 2023, hat die Vorverfahrenskammer II des Internationalen Strafgerichtshofs im Zusammenhang mit der Situation in der Ukraine Haftbefehle gegen zwei Personen erlassen: Wladimir Wladimirowitsch Putin und Maria Aleksejewna Lwova-Belova", die Präsidialbeauftragte für Kinderrechte in Russland, erklärte der IStGH in einer Pressemitteilung.

Wladimir Putin "ist mutmaßlich verantwortlich für das Kriegsverbrechen der illegalen Deportation von Bevölkerung (Kindern) und des illegalen Transfers von Bevölkerung (Kindern) aus den besetzten Gebieten der Ukraine in die Russische Föderation", fügte das Gericht hinzu. "Die Verbrechen sollen auf dem besetzten ukrainischen Gebiet mindestens ab dem 24. Februar 2022 begangen worden sein", fuhr der IStGH fort und fügte hinzu, dass es "hinreichende Gründe für die Annahme gibt, dass Wladimir Putin persönlich für die oben genannten Verbrechen verantwortlich ist".

Der ehemalige russische Präsident Dmitri Medwedew verglich den Haftbefehl mit Toilettenpapier - die erste Reaktion eines hochrangigen Politikers in Russland. "Der Internationale Strafgerichtshof hat einen Haftbefehl gegen Wladimir Putin ausgestellt. Es ist nicht nötig zu erklären, wo dieses Papier verwendet werden soll", schrieb er auf Twitter auf Englisch und beendete seine Nachricht mit einem Toilettenpapier-Emoticon. Laut dem Kreml hat der Haftbefehl keine rechtliche Bedeutung. "Russland erkennt, wie eine Reihe von anderen Staaten, die Zuständigkeit dieses Gerichts nicht an, daher sind aus rechtlicher Sicht die Entscheidungen dieses Gerichts null und nichtig", sagte der Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, vor Journalisten.

Kiew begrüßte seinerseits die Ausstellung der Haftbefehle, die "nur der Anfang" sein können, so der Leiter der Präsidialadministration Andrij Jermak auf Telegram. Es handele sich um eine "historische" Entscheidung des IStGH, begrüßte der ukrainische Präsident Wolodymyr



## Ukraine-Krieg: Internationaler Strafgerichtshof erlässt Haftbefehl gegen Wladimir Putin

Selenskyj. Auch das Vereinigte Königreich begrüßte das Verfahren gegen Wladimir Putin. "Wir begrüßen den Schritt des unabhängigen IStGH, diejenigen an der Spitze des russischen Regimes, einschließlich Wladimir Putin, zur Rechenschaft zu ziehen", erklärte der britische Außenminister James Cleverly auf Twitter.